

„Männersache“ könnte ein Fall fürs Gericht werden

BERATUNGSANGEBOT Ausschussmitglieder diskutierten über „frauenfeindliche Tendenzen“ des Vereins

VON MARC GESCHONKE

OLDENBURG – „Männersachen“ werden nicht mehr am Marschweg besprochen. Die Beratungsstelle von Männern für Männer mit emotionalen oder existenziellen Nöten wurde mangels finanzieller Unterstützung geschlossen.

Der Verein Männer-Wohn-Hilfe – er initiierte das Angebot im Jahr 2013 – hat nun jedoch Klage gegen die Stadt vor dem Verwaltungsgericht eingereicht, da im kommunalen Haushalt 2016 keine Mittel für die Beratungsstelle bereitgestellt wurden. „Wir wollen nur die Fristen wahren“, ver-

teidigte Wolfgang Rosenthal vom Verein am Dienstagabend vor dem Sozialausschuss diesen Schritt. Gleichsam warb er dort für das Angebot und neuerliche Unterstützung, weil „wir die Beratung sofort wieder aufnehmen könnten“, wie er sagte.

Nun scheint es damit allein nicht getan. Einige Ausschussmitglieder gaben sich betont kritisch. Ja, das Angebot an sich sei durchaus gerechtfertigt.

Aber nein, für eine Förderung müsse konzeptionell erst einiges getan und erklärt werden. Rosenthal wurde vor allem aus grünen und linken

Reihen vorgeworfen, auf der Website der Beratungsstelle antifeministische Tendenzen zu stützen, nicht genug Aufklärung beispielsweise in Sachen Häuslicher Gewalt zu betreiben und sich nicht ausreichend von „erkonservativen Vereinen“ wie „Manndat“ zu distanzieren.

Aus dem Gleichstellungsbüro der Stadt gab es ebenso Kritik an der Außendarstellung. Renate Vossler sprach von einer „latenten Frauenfeindlichkeit“. Das Angebot sei schlecht vernetzt in der Stadt und überdies bestehe in Oldenburg ja bereits „ein vielseitiges Beratungsangebot“

wie Pro Familia, Olip oder die psychologische Beratungsstelle. Rosenthal entgegnete, dass man als Verein keine Aussagen zu Zahlen häuslicher Gewalt machen, sondern vielmehr „helfe wolle“.

Man wolle auch nicht propagieren, sondern Themenfelder und Angebote wertfrei erläutern, daher sei die Übersicht auf der Internetseite auch weitaus umfassender. Zudem habe man die Aussagen der Klienten zitiert, um so das Hilfsspektrum darzustellen und Türöffner zu sein.

Die SPD sprang Rosenthal zur Seite, Germaid Eilers-Dörfler bekräftigte, dass man

– unabhängig von der Klage – schnellstmöglich 5000 Euro zuschießen wolle, damit das Beratungsangebot wieder aufgenommen werden könne. CDU und auch FDP pflichteten dem in weiten Teilen bei und bestätigten, dass dort in der Vergangenheit „gute Arbeit geleistet worden“ sei.

Der SPD-Antrag werde nun nach langer Diskussion formell neu aufgesetzt, an Summe und Ausrichtung solle sich jedoch nichts ändern. Über die außerplanmäßige Haushalts-Belastung wird der Rat befinden müssen – und über die Sinnhaftigkeit der eigenen Klagefortführung der Verein.